

E-Government im Land Berlin

Ziele, Strategie und Handlungsfelder einer interaktiven Verwaltung

- Masterplan -

**Anlage 3: Beschreibung laufender und geplanter Projekte im
Land Berlin**



Inhalt

1.	Portalprojekte	3
1.1	Start-Informationssystem für Bürgerdienste	3
1.2	BUSINESS LOCATION CENTER	4
1.3	Berliner LiegenschaftsInformationsService (BLIS)	5
2.	Dienstprojekte	6
2.1	VeZuDa	6
2.2	Formularservice	8
2.3	Online-Zahlungsverkehr	10
2.4	Berliner Verzeichnisdienst (BVD)	10
2.5	Elektronische Signatur , Public Key Infrastructure (PKI)	12
2.5.1	Trust Center Berlin - Bauaufsicht	14
2.5.2	Public Key Infrastructure (PKI) - LIT	16
2.6	Bereitstellung eines integrierten Antragsbearbeitungssystems	18
2.7	Projekt „Elektronische Antragstellung“	18
3.	Querschnittsprojekte	20
3.1	Projekt „Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung von Bauleistungen“ (E-Vergabe BAU (VOB))	20
3.2	Projekt „Beschaffung Online“	20
3.3	Content Management System	21
4.	Fachprojekte	22
4.1	Projekt „Verbund Öffentlicher Bibliotheken“ (VÖBB)	22
4.2	Projekt „Dialogisiertes Wohngeldverfahren Online (DIWo-Online) / Integriertes Wohnungswesen“ (InWo)	22
4.3	Projekt „Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Internet“ (GAA Online)	23
4.4	FIS-Broker	24
4.5	Baulückenmanagement Berlin	24
4.6	Projekt „Einheitliches und vernetztes DV-Verfahren an Volkshochschulen“ (VHS-IT)	25
4.7	Projekt „KFZ-Wunschkennzeichen-Reservierung Online“ (KRONE)	26
4.8	Projekt „Auskunftsserver im Rahmen des Projekts EWW-neu“	26
4.9	Projekt „Gewerbedatenbank Online“	27
4.10	Projekt „Online-Mahnantrag“ (AUMAV)	27
4.11	Projekt „elektronisches Grundbuch“ (Solumstar)	27
4.12	Projekt „Automation der Registerführung“ (AUREG)	28
4.13	Online-Platzreservierung für Ausschuss- und Plenarsitzungen	29
4.14	Elektronische Steuererklärung (ELSTER)	29
5.	Fortschreibung im Rahmen eines Projektkatasters	29

1. Portalprojekte

1.1 Start-Informationssystem für Bürgerdienste

Nach dem für Mitte August bis Ende 2001 vorgesehenen Probetrieb soll das System zum 1.1.2002 für die bezirklichen Bürgerämter im Echtbetrieb eingeführt werden. Das Start-Infosystem (Produkt-/Dienstleistungs- Ansprechpartner- Öffnungszeiten-, Formularwegweiser und definierte Bearbeitungsschrittlisten zu den Dienstleistungen) soll in angepasster Form den Bürgern über den Vertriebsweg „elektronische Kommunikation / Internet“ zur Verfügung gestellt werden. Als Plattform ist der Verwaltungsführer von berlin.de vorgesehen.

An diesem „lebenslagen“-orientierten Projekt ist der E-Government-Partner der Bremer Verwaltung, die Fa. Bremen online service (bos) beteiligt.

Das Vorhaben hat wegen der geplanten stufenweisen (in Phasen 2 und 3) Ausprägung zu einem „Integrierten Informationssystem“ im Sinne eines Wissenportals, welches alle Vertriebswege der Verwaltung (Bürgerämter, Internet und insbesondere auch Call-Center bzw. Berlin-Telefon) unterstützen soll, besonderes politisches Augenmerk und Bedeutung über das Projekt Bürgerdienste (ProBüD) hinaus.

Der Landesbetrieb für Informationstechnik hat den Betrieb der Portallösung übernommen.

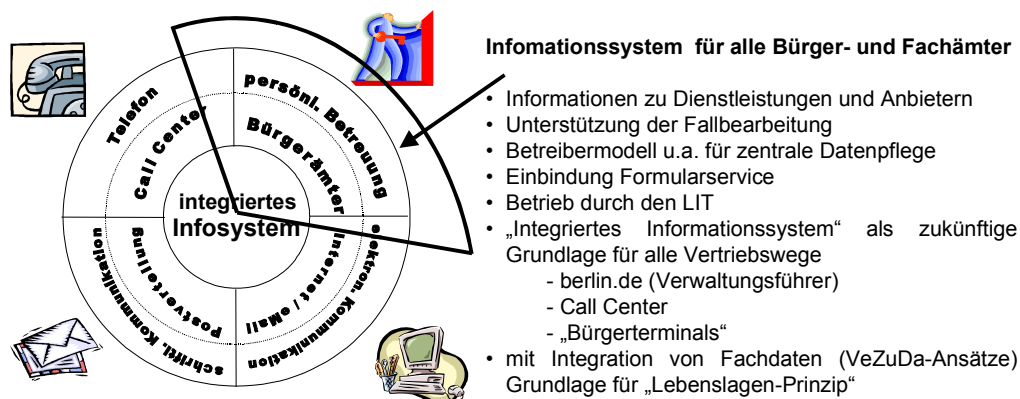


Abbildung 1: Start-Informationssystem für Bürgerdienste

1.2 BUSINESS LOCATION CENTER

Zielsetzung des BUSINESS LOCATION CENTERS

Mit dem BUSINESS LOCATION CENTER (BLC) setzt die Hauptstadt neue Zeichen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftstandorte. Das multimediale Informations- und Präsentationsangebot für Investoren ist europaweit einzigartig. Digital aufbereitet sind künftig alle investitions- und ansiedlungsrelevanten Daten über Berlin im BLC verfügbar.

Mit dem Aufbau eines BLC reagiert der Senat in enger Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH (WFB) auf diese Herausforderungen. Die Kombination aus einer Internet-Anwendung, einem mobilen System und einer lokalen, multimedialen Präsentationsplattform (Show-Room) im Ludwig Erhard Haus bietet dem „Kunden“ des BLC Schlüsseldaten zum Standort Berlin in sehr kurzer Zeit und in hoher Güte. Dies ist realisierbar durch leistungsfähige Datenbanksysteme, die Konfektionierung von Informationsportfolios sowie straffe Aktualisierungszyklen bei der Datenpflege.

Der eigentliche Akquisitionsprozess wird optimiert, indem sich die wichtigsten Daten zum Standort Berlin bereits im Vorfeld von Beratungsgesprächen vom Investor über das Internet abrufen lassen. Dadurch wird im Vergleich zum bisherigen Zeitbedarf ein individueller Beratungsprozess durch das BLC sowohl verkürzt als auch umfassender in seinem Leistungsangebot. Die Präsenz im Internet garantiert dem Standortmarketing außerdem ein weltweites Forum, so dass gezielt ausländische Investoren über Berlin informiert und für Berlin gewonnen werden können.

Vorteile und Nutzen des Projektes

Die Informationen aus dem BLC dienen der zielgruppenspezifischen Aufbereitung von akquisitionsrelevanten Daten, die gleichzeitig in ihrer Internetfassung im Rahmen und unter der Adresse (www.blc.berlin.de) des Stadtinformationssystems berlin.de präsentiert werden. Daraus ergeben sich auch Chancen für andere Systeme, Projekte oder Einrichtungen des Landes Berlin, ihre Daten oder Produkte zielgenau vermarkten bzw. präsentieren zu können.

Das BLC hat dabei eine Focus-Funktion: Es optimiert die Informationsinfrastruktur des Landes Berlin, intern wie extern, indem es die Bemühungen der

bisher über die Stadt verstreuten Datenlieferanten bündelt. Die Realisierung einer Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Institutionen bei der Standortentwicklung hat damit auch werbenden Charakter für das Problemlösungspotential der Stadt. Die Ausrichtung des BLC unterstützt den Strukturwandel in Berlin und schärft sein Profil als Kompetenzzentrum für Schlüsselbranchen in diesem Prozess.

Dies bedeutet vor allem die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungen in den Zukunftsbranchen aber auch die Stärkung der traditionellen Industrien durch eine dezidierte Stärkung des regionalen Potentials der Stadt.

Das BLC liefert darüber hinaus der Berliner Verwaltung ein besonderes Informationsangebot, das die Qualität von Entscheidungen, Arbeitsabläufen und Auskünften deutlich steigert und damit eine bedeutende Mehrwertfunktion für die Verwaltungen erfüllt.

1.3 Berliner Liegenschaftsinformationsservice (BLIS)

Aufbauend auf den Geobasisdaten des Vermessungswesens eröffnet BLIS den Zugang zu grundstücksbezogenen Daten unterschiedlicher Fachbereiche. Über Intranet und Internet kann der Nutzer mit moderner Rechner- und Netztechnik in benutzerfreundlicher Form u.a. Suchanfragen stellen, in Karten navigieren und sich über Metadaten informieren. Durch die gleichzeitige verknüpfende Recherche in unterschiedlichen Fachdatenbeständen und entsprechende Auswertung der Anfragen erhält der Nutzer aktuelle, auf seine Anfrage zugeschnittene Informationen (Mehrwertschaffung).

BLIS ist ein offenes System, das die Anbindung weiterer Datenbestände ermöglicht. Bei den Anbindungen wird auf die originären Datenstrukturen der Fachverwaltungen zugegriffen. Dieser Service wird stufenweise ausgebaut. Zur Zeit sind folgende Datenbestände integriert bzw. online angebunden: seitens SenStadt die Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK), das Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB), der Flächennutzungsplan (FNP) und der Bodenrichtwertatlas (BRW); seitens des StaLa das Regionale Bezugssystem (RBS) und seitens SenWiArbFrau der Gewerbeflächenatlas Berlin (GAB).

Die besondere Bedeutung dieses Projekts aus Sicht von VeZuDa liegt darin, als erstes Anwendungssystem die Tragfähigkeit und Offenheit des abstrakten

VeZuDa-Modells konkret demonstrierbar zu machen zu können und das VeZuDa-Geschäftsmodell durch die Abbildung von Service-Level-Agreements zwischen Datenanbietern und Produktverantwortlichen BLIS sowie Plattformverantwortlichen VeZuDa für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar zu machen.

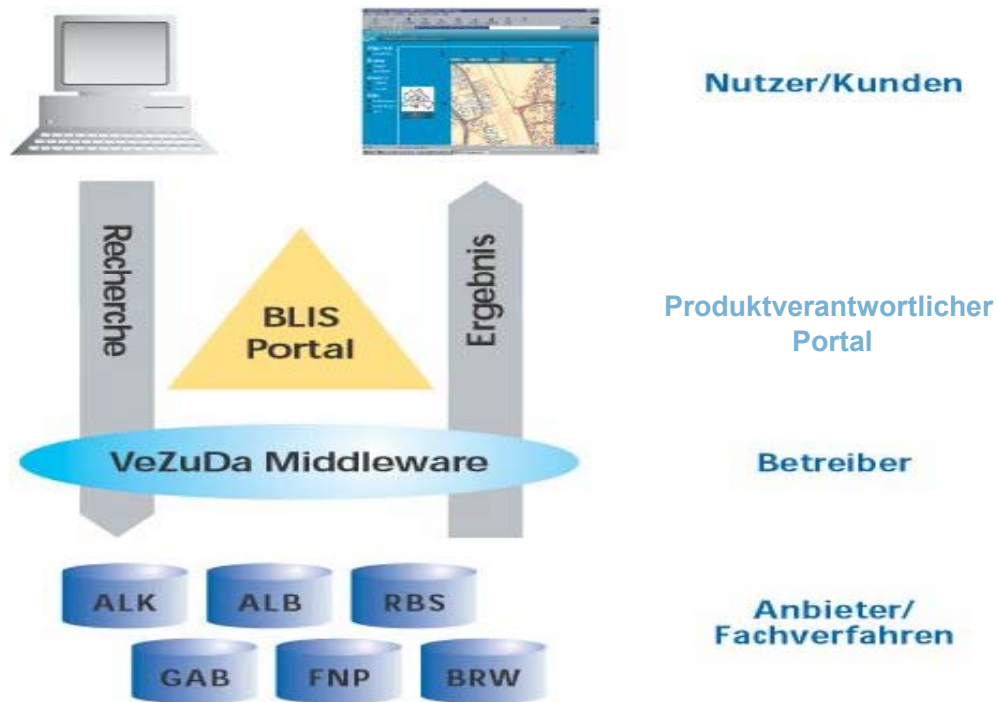


Abbildung 2: BLIS-Portal als VeZuDa-Referenzlösung

2. Dienstprojekte

2.1 VeZuDa

Ein Kernprojekt für die Berliner IT-Strategie ist die Entwicklung und Bereitstellung einer Dienste-Plattform zur Vereinheitlichung und Zusammenführung von Datenstrukturen (VeZuDa), und deren fachübergreifender Nutzung. Hauptziele sind Vermeidung von Daten- und Verfahrensredundanzen, Wiederverwendbarkeit von Softwarekomponenten und die Bereitstellung von Funktionen, die zum einen die Kooperation von Fachverfahren ermöglichen und zum anderen Auskunftsdienste, Formular- und Druckservices. Nutzerverwaltung, Abrechnung, Management und Sicherheit verfahrensübergreifend unterstützen.

Darüber hinaus beinhaltet das VeZuDa-Konzept ein Geschäftsmodell, welches die Beziehungen zwischen Anbietern, Nutzern und Betreiber auf Basis der IT-Organisationsrichtlinie abbildet.

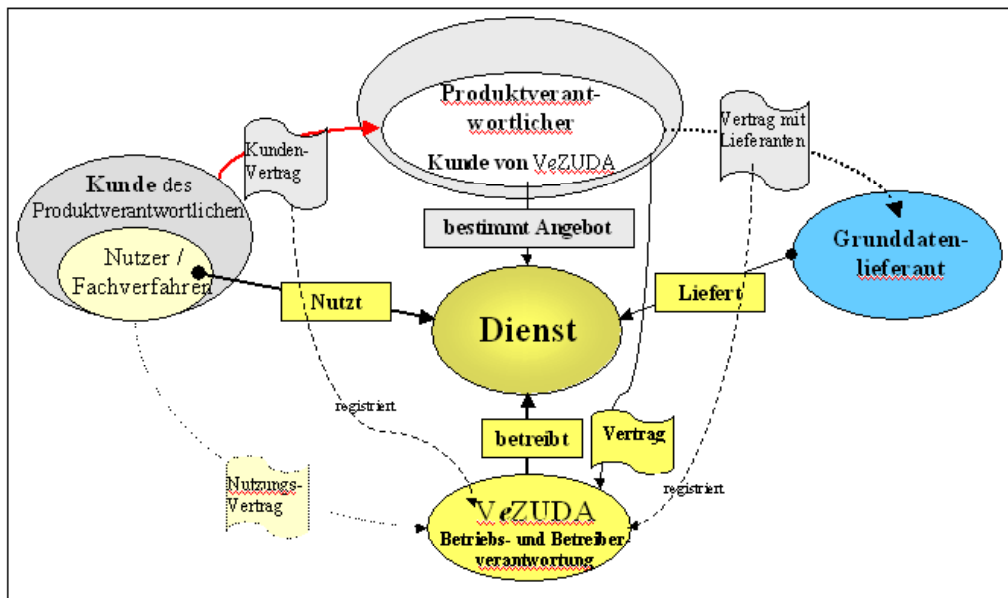


Abbildung 3: Allgemeines Geschäftsmodell VeZuDa

Das Pilotprojekt BLIS ist bereits funktionsfähig demonstrierbar und befindet sich derzeit im Abnahmeprozess.

Das laufende Projekt Start-Infosystem für Bürgerämter sowie die Dienste FormulareService und Antragsbearbeitung (INAS) werden ebenfalls VeZuDa-konform realisiert.

Im Ergebnis kommt es darauf an, fachneutrale und verfahrensunabhängige Dienste auf einer VeZuDa-Konzept-basierten gemeinsamen und einheitlichen E-Government-Dienstplattform für das Land Berlin verfügbar zu machen.

Hierbei liegt aufgrund der Tragweite der Entscheidung für eine landesweit bereit zu stellende und zu nutzende Dienstplattform entscheidendes Augenmerk auf

- einen stabilen und belastbaren Wirkbetrieb,
- geeignete Kooperationsmodelle für eine flexible und Weiter- und Neuentwicklung von Diensten,

- die Schaffung von organisatorischen Rahmenbedingungen für eine verbindliche Nutzung landeseinheitlicher Dienste sowie
- tragfähige Geschäftsmodelle.

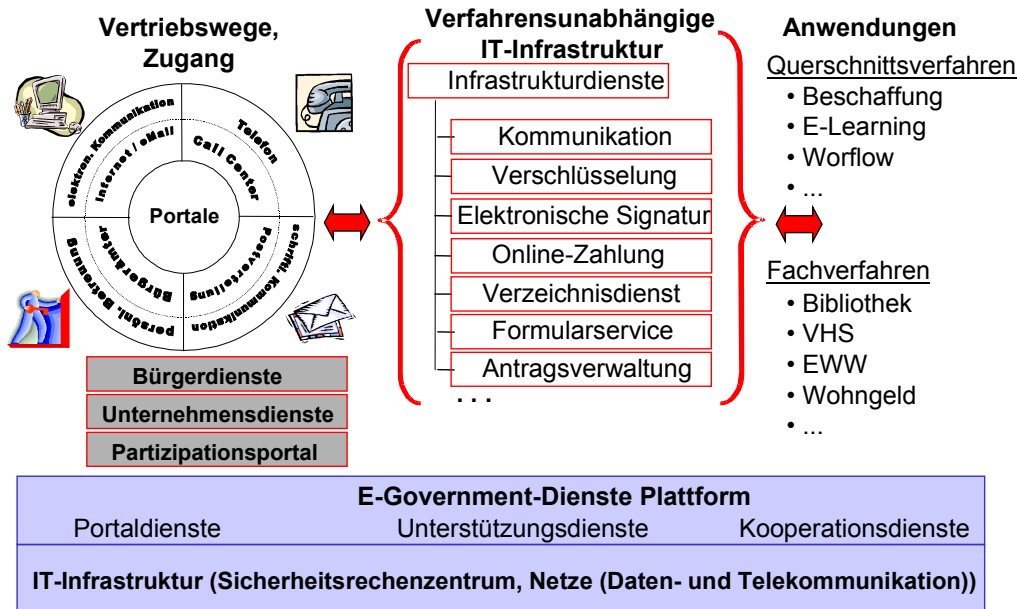


Abbildung 4: Zielszenario E-Government-Dienste-Plattform

2.2 Formularservice

Zielstellung ist die Schaffung eines fachneutralen Dienstes zur Erstellung, Verwaltung und Bereitstellung von internen und externen Formularen (Einheits- und Fachvordrucke) für MitarbeiterInnen und Mitarbeiter im Intranet, für Bürger, Unternehmen und andere Verwaltungen im Internet, für Querschnitts- und Fachverfahren (z.B. EWW-neu) und andere IT-Dienstekomponenten (z.B. (Start-)Informationssystem).

Im Pilotbetrieb wurde das Produkt DocForms der Fa. T-Systems debis auf einem Server bei SenStadt implementiert. Derzeit werden dort vom Kreis der Pilotanwender (SenStadt, SenInn, SenFin, LEA, BA Charlottenburg-Wilmersdorf) Fach- und Einheitsvordrucke elektronisch eingestellt. Die VeZu-Da-basierte Weiterentwicklung des Formularservices sowie die Erstellung eines Pflichtenheftes zur Festlegung der funktionalen, technischen und organisatorischen Anforderungen erfolgt auf der Basis eines für 3 Monate vorgesehenen Pilotbetriebs auf Basis eines Projekts mit folgenden Zielen:

- Schaffung eines IT-Infrastrukturdienstes zur Bereitstellung von Einheits- und Fachvordrucken für Mitarbeiter und Bürger über verschiedene Vertriebswege
- Sicherstellung der Aktualität und Vollständigkeit der Formulare über klare Rollenzuordnungen und verteilte Verantwortlichkeiten über entsprechende Geschäftsbeziehungen (dezentrale Pflege und Teiladministration)
- Pilotierung auf Basis eines vorhandenen Produkts und Entscheidung zur Betriebsübernahme auf Basis der Piloterfahrungen
- Dienstnutzung über Vertriebswege (Bürgerämter, Call Center, Internet)
- Erarbeitung eines Stufenkonzeptes zur Weiterentwicklung des Dienstes
- Erarbeitung eines Geschäftsmodells zur kundenspezifischen Abrechnung der Dienstleistung

Der Landesbetrieb für Informationstechnik hat zum 21.12.2001 die Betrieb des Formularservice übernommen.

Die Verfahrensverantwortung liegt bei SenInn. Im Rahmen dieser Verantwortlichkeit sind auch die ausgelaufenen Vordruckgrundsätze der Berliner Verwaltung bezogen auf aktuelle technische und organisatorische Aspekte (z.B. Rollen der IT-Organisationsrichtlinie) erneuert. Dabei sind auch die aktuellen Überlegungen zu redaktionellen Zuständigkeiten beim Betrieb von übergreifenden IT-Diensten (z.B. Betreibermodell zum (Start-)InfoSystem) zu berücksichtigen.

Die primären Nutzenaspekte eines einheitlichen Formulardienstes für die Berliner Verwaltung stellen sich wie nachstehend dar:

- Vermeidung von mehrfachem Entstehen verschiedenster technischer Lösungen nach jeweiliger Bedarfslage in einer Vielzahl von Organisationseinheiten mit jeweiligem Administrationserfordernis und dadurch entstehenden sich addierenden technischen und personellen Aufwänden.
- Vermeidung von Mehrfacherfassung und Mehrfachpflege gleicher in unterschiedlichen Bereichen benötigter Formulare und Dokumente und den damit verbundenen erheblichen personellen Parallelaufwänden.

- Vermeidung von Inaktualität und Divergenz von an unterschiedlichen Stellen mit unterschiedlichen Mitteln erstellten und vorgehaltenen Formularen und Dokumenten und daraus von Fall zu Fall resultierenden insbesondere auch rechtlich negativen Folgen.
- Möglichkeit der Verlagerung der Zuständigkeit für die Vervielfältigung von Dokumenten von der Verwaltungsdruckerei in den Landesbetrieb für Informationstechnik.

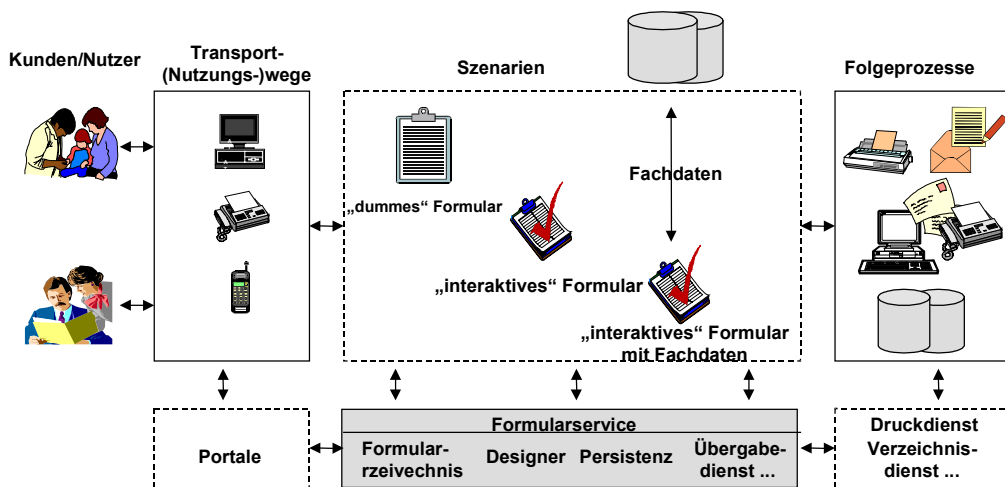


Abbildung 5: Szenarien und Entwicklungsstufen Formularenservice

2.3 Online-Zahlungsverkehr

Ziel ist die Bereitstellung einer einheitlichen und fachunabhängigen Komponente zum unbaren Einzug von Bundes- und Landesgebühren sowie Entgelten beim persönlichen Erscheinen oder via Internet.

Im Rahmen der AG „interaktive Verwaltung“ erfolgt derzeit die Erarbeitung der Anforderungen und einer Einführungsvorgehensweise aus Sicht der verschiedenen Vertriebswege (Internet, Bürgeramt). SenFin hat die Verfahrensverantwortung übernommen.

2.4 Berliner Verzeichnisdienst (BVD)

Gegenwärtig existieren im Land Berlin mehrere, von einander unabhängiger Verzeichnisdienste, die ihre Daten autonom verwalten. Es findet kein Abgleich der Datenbestände statt.

In das Projekt **Berliner Verzeichnisdienst (BVD)** sollen mindestens nachfolgende bestehende bzw. im Aufbau befindliche Verzeichnisdienste einfließen:

- **Active Directory Server (ADS) / Exchange 2000**

In 2002 beginnen die Migration auf Exchange 2000 und die Nutzung von ADS.

- **Telefondaten, die bisher im Rahmen des internen Telefonverzeichnis Berlin (ITVB) gepflegt wurden mit den Komponenten**

- ITVB-DOS (Datenerfassung und –ausgabe)
- ITVB-WWW (intranetbasierte Recherchelösung)

Das Verfahren ITVB ist seit vielen Jahren im Einsatz und soll abgelöst werden.

- **Call Center (CC)**

In 2002 soll mit dem Aufbau eines Call Center begonnen werden.

- **Elektronisches Telefonbuch (ETB) für die Transitzentrale des Landes Berlin**

Die Aktualität der Daten der Transitzentrale soll verbessert werden.

- **Public Key Infrastructure (PKI)**

Gegenwärtig befindet sich für die PKI des Landes Berlin ein LDAP-Server im Probebetrieb, der im Jahr 2002 in den Echtbetrieb überführt werden soll.

- **Domain Name System (DNS) / IT-Insourcing (ITIS)**

Im Rahmen von ITIS werden die Endgeräte zentral administriert. Hierzu ist ein Domänenkonzept erforderlich.

Das Projekt BVD verfolgt u.a. das Ziel, die mehrfache Pflege identischer Daten in den verschiedenen Verzeichnisdiensten zu vermeiden. Einmal erfasste Daten sollen allen in diesem Projekt zusammengefassten Verzeichnisdiensten – unter Bereitstellung einer entsprechenden Rechteverwaltung – zur Verfügung stehen.

Ein Schwerpunkt des Projekts bildet die Ablösung des Verfahrens ITVB, in welchem die Telefondaten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung vorgehalten werden. Die neue Lösung soll Pflege und Recherche der Telefondaten verbessern. Die bislang häufig neben dem ITVB noch existierenden behördeninternen Telefonverzeichnisse sollen aus dem neuen Verzeichnis generiert werden können, wodurch der Mehrfachpflegeaufwände entfallen können.

Allen Behörden sollen über diesen verfahrensunabhängigen Infrastrukturdienst einheitliche Pflege- und Administrationswerkzeuge zur Verfügung ge-

stellt werden, so dass eine dezentrale, browser-gestützte Nutzung ermöglicht wird und somit Qualität und Aktualität der Daten verbessert werden kann.

2.5 Elektronische Signatur , Public Key Infrastructure (PKI)

Durch elektronische Signatur und Verschlüsselung soll die sichere und rechtsverbindliche Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung ermöglicht werden.

In weiten Teilen des Verwaltungshandelns wird bei elektronischem Geschäftsverkehr die Einführung von Chipkarten und Signaturschlüsselzertifikaten eines Trust-Centers erforderlich.

Nicht jede Fachanwendung in der Berliner Verwaltung braucht jedoch die elektronische Signatur auf der höchsten Stufe (qualifizierte Signatur mit Chipkarte). Beispielsweise kann die interne Kommunikation Verwaltung zu Verwaltung in den bestehenden Netzen, u. a. TESTA oder MAN, bei Signaturerfordernis auf die preiswertere fortgeschrittene Signatur zurückgreifen.

Andere Fachanwendungen, die die strikte Rechtsverbindlichkeit erfordern, z.B. Bescheide mit Rechtsbehelf oder Verträge, bedürfen - solange keine Anpassung der Gesetze erfolgt - der qualifizierten elektronischen Signatur.

Jeder Geschäftsprozess in der Berliner Verwaltung muss daher bedarfsgerecht die Signaturmöglichkeiten nutzen.

Die derzeit am Markt agierenden Trust-Center sind derzeit noch nicht interoperabel, d.h. der Inhaber einer Signaturkarte des Trust-Centers A kann mit Inhabern anderer Signaturkarten nicht kommunizieren.

Die also dringend erforderliche technische Normierung der Signaturschlüsselinfrastrukturen wird derzeit unter Beteiligung von BMI und BMWi betrieben.

Gleichzeitig wird nach KoopA ADV-Beschluss vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine einheitliche Infrastruktur für alle Verwaltungen Deutschlands aufgebaut.

Die Entwicklung und Verbreitung von Signaturkarten wird derzeit mit der deutschen Kreditwirtschaft – insbesondere auch im Rahmen des media@Komm-Projekts Bremen – erörtert.

Innerhalb der Berliner Verwaltung werden verschiedene Projekte zur elektronischen Signatur und Verschlüsselung durchgeführt. Es erforderlich, dass alle diesbezüglichen Initiativen in einem Verbund (Netzwerk) unter zentraler Koordination an einer einheitlichen Lösung für die Berliner Behörden arbeiten, denn nur so kann sichergestellt werden, dass Interoperabilität, Synergieeffekte und Kostenbegrenzungen erreicht werden.

Es ist einheitlich festzulegen, welche organisatorischen und technischen Strukturen beim Aufbau der PKI zu beachten sind, um schon verwaltungsinterne Interoperabilitätsdefizite auszuschließen.

Die laufenden rechtlichen und technischen Anpassungen lassen somit keinen Eigenweg zu. Vielmehr werden die nachfolgend beschriebenen Projekte an den Entwicklungen teilnehmen und gleichzeitig Pilotprojekte auf Basis des Berliner Erprobungsgesetzes unterstützen.

Mit Einführung von Signatur und Verschlüsselung sind erhebliche Einführungskosten (Hard- und Software, Personal, Schulung) sowie laufende Kosten (Pflege, Zeritizierungsstellendienstleistungen), deren Gesamtfinanzbedarf nur überschlägig geschätzt werden kann. Nach den von der Bundesverwaltung im Rahmen der E-Government-Initiative Bund-Online 2005 vorgenommenen Einschätzungen belaufen sich die Ausstattungskosten für einen Arbeitsplatz, an dem eine qualifizierte elektronische Signatur benötigt wird auf einmalig ca. 60 € und laufend jährlich ca. 30 €.. Hinzu kommen Aufwände für die Schaffung der organisatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere zur Einrichtung von Registrierungsstellen von geschätzt ca. 30.000 € pro Behörde. Darüber hinaus entstehen Personal- und Schulungsaufwände.

Die Einführung elektronischer Signatur im Verwaltungshandeln und der Aufbau entsprechender Infrastrukturen für eine PKI bilden eine komplexe organisatorisch-technische Aufgabe. Bei der Auswahl konkreter Lösungen sind eine Vielzahl von Randbedingungen zu beachten, die aus den sehr unterschiedlichen Anforderungen in den vielfältigen Einsatzgebieten elektronischer Signatur resultieren.

Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, vor einer flächendeckenden Einführung elektronischer Signaturen deren praxiswirksamen, bürgerfreundlichen und wirtschaftlichen Einsatz in aussagefähigen Pilotprojekten zu erproben und zu untersuchen.

E-Government ist in verschiedenen Bereichen und Formen auch ohne eine flächendeckende Verfügbarkeit von (qualifizierten) elektronischen Signaturen umsetzbar.

Zur Umsetzung von E-Government sind somit unter praxisorientierten Aspekten, die der Handhabbarkeit, der Akzeptanz, der Wirtschaftlichkeit und den jeweiligen Rechts- und Sicherheitsbedürfnissen Rechnung tragen:

- solche Verwaltungsanwendungen bevorzugt auszuwählen, die ohne Signaturfunktionen ablaufen können,
- der Einsatz gesetzeskonformer Signaturen vorwiegend in geschlossenen Benutzergruppen vorzusehen,
- Signaturfunktionen unter Berücksichtigung der realen Authentizitäts- und Nachweisbarkeitsanforderungen sparsam einzusetzen.

2.5.1 Trust Center Berlin - Bauaufsicht

Die Pilotanwendung bei SenStadt / Bauaufsicht dient der praktischen Erprobung der SigG - konformen fortgeschrittenen elektronischen Signaturanwendungen des TrustCenter Berlin (betrieben von den Firmen IVU Traffic Technologies AG, bone labs GmbH, berlin.de new media GmbH, Fraunhofer FOKUS GmbH) im bauaufsichtlichen Verfahren.

Die Zertifikate des "TC Berlin" sind „Testa“-kompatibel und sollen mit "BridgeCA" interoperabel werden, so dass später eingebundene Zertifizierungsinstanzen eindeutig identifiziert werden können. Es ist Ziel des Projekts, die Interoperabilität des Produktes zu testen.

In der Bauaufsicht bei SenStadt und ggf. anderen Piloten (z. B. Vermessungswesen / Bundesverband der Vermessungsingenieure, SenFin / IT-Abteilung, IHK, ikv) soll unter Einbeziehung interner und externer Partner der Umgang und die Handhabung der fortgeschrittenen und qualifizierten elektronischen Signatur sowie die Verschlüsselung im „Echtbetrieb“ im einfachen Schriftverkehr im Baugenehmigungsverfahren (z. B. Authentifizierung, Signieren und Verschlüsseln von Emails und Dateianhängen, SmartCard-Anbindung, Windows PSE-Konformität, File Manager, Key Manager, Mailgateway) sowie im Widerspruchsverfahren im Rahmen der vorhandenen Infrastrukturumgebung pilotweise getestet und angewendet werden. Die elektroni-

sche Signatur ist Voraussetzung für die zukünftige Umstellung des Baugenehmigungsverfahrens aber auch anderer diverser Geschäftsprozesse im Land Berlin beim Ersatz der bisherigen Schriftformerfordernisse durch elektronische Dokumente.

Die ersten Pilotprojektteilnehmer wurden im September 2001 mit elektronischer Signatur des Trust Center Berlin ausgestattet und sind derzeit in der Erprobung. Die Erprobungsphase ist bis Ende Oktober 2002 verlängert worden, um auch den Einsatz von Chipkarten als Datenträger für elektronische Signaturen und Verschlüsselung ausreichend zu testen. Aufgrund von günstigen Fördermaßnahmen der Projektpartner außerhalb der Berliner Verwaltung konnte dieses Pilotprojekt bis zum 30.04.2002 ohne zusätzliche Kosten betrieben werden. Die Projektpartner haben für die Verlängerung die kostenfreien Fortführung des Projektes vereinbart.

Aufgrund des Erprobungsgesetzes zur elektronischen Signatur soll für den Bereich Bauaufsicht mit einer entsprechenden Rechtsverordnung die probeweise Gleichstellung der Schriftform in festzulegendem Umfang mit der elektronischen Form zugelassen werden.

Die Ergebnisse des Pilotprojektes werden den Entscheidungsträgern des Landes zur Verfügung gestellt, um diese bei der Bestimmung der Vorgaben für eine einheitliche elektronische Signatur zu berücksichtigen.

Außerhalb des Teilnehmerkreises besteht großes Interesse an den Ergebnissen des Pilotprojektes. Das Projekt bedarf insbesondere mit dem Ziel der Forcierung des Trust Center Berlin der Koordinierung.

Zwischenstand Mai 2002:

Die Projektpartner (SenStadt / Bauaufsicht und IVU Traffic Technologies AG) können als Zwischenergebnis bereits feststellen, dass nur ein benutzerfreundlicher Einsatz überwiegend fortgeschrittener Signaturanwendungen (in Abhängigkeit von den Geschäftsprozessen) innerhalb der Standardanwendungen mit serverseitiger Unterstützung bei der Verwaltung der Zertifikate in großen Verwaltungen und Unternehmen zu einer weit verbreiteten Anwendung der elektronischen Signatur führen wird. Die Standardanwendungen sowie die genutzte Infrastruktur stellen keine grundsätzlichen Probleme bei der Anwendung der Zertifikate dar und sind bereits für die Anwendung elektronischer

Signaturen grundsätzlich vorbereitet. Nicht jeder Geschäftsprozess bedarf jedoch bei digitaler Abbildung einer elektronischen Signatur, da die vorhandene Infrastruktur schon umfangreiche Nachweismöglichkeiten innerhalb der Verwaltung bietet. Die Geschäftsprozesse bedürfen diesbezüglich einer umfangreichen Analyse und Optimierung.

2.5.2 Public Key Infrastructure (PKI) - LIT

Der Fachbereich KISS vom LIT hat eine Public Key Infrastructure (PKI) mit den entsprechenden Zertifizierungsinstanzen (PCA, CA, RA) auf der Basis von Open Source Software (Linux, OpenSSL) und dem Standard X.509v3 aufgebaut, um der Berliner Verwaltung die Sicherung der zertifikatbasierten Kommunikation für die IT-Anwendungen E-Mail, Server-Verkehr und VPN zu bieten. Die PKI besteht aus drei CAs (CA_E =E-Mail, CA_S =Server, CA_M =Maschinen) und einer RA. Für die Identitätsprüfung von E-Mail-Zertifikatnehmern wurden zusätzlich lokale RAs (LRA) eingerichtet.

Die vom LIT betriebenen VPN-Tunnel (Projekt IPV u.a.) wurden bereits auf die Zertifikate dieser PKI umgestellt. Die Produkte MS Outlook 2000 und Outlook Express (Version 5.5), MS Internet Explorer (Version 5.5), SafeGuard VPN und NetScreen können beim Einsatz von Zertifikaten verwendet werden.

Die E-Mail Zertifizierung wird bis zum 30. April 2002 als Pilot-Projekt mit dem LaGeSo erprobt und ein Anschluss an die Verwaltungs-PKI ist in Vorbereitung.

Die folgenden Sicherheitsanforderungen werden bei der elektronischen Kommunikation gewährleistet:

- **Vertraulichkeit** (Das elektronische Dokument kann von Unberechtigten nicht gelesen werden. Die Vertraulichkeit wird durch Verschlüsselung garantiert.)
- **Integrität** (Unbefugte Manipulation durch Einfügen, Ändern oder Löschen des Dokumentes wird entdeckt. Dieser Sicherheitsaspekt wird durch eine elektronische Signatur erreicht.)
- **Authentizität** (Das Dokument stammt wirklich vom angegebenen Ursprung, d.h. die Identität des Kommunikationspartners ist zweifelsfrei be-

weisbar. Dieser Sicherheitsaspekt wird durch eine elektronische Signatur erreicht.)

Das vom LIT eingesetzte Signatur-Zertifikat entspricht einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz vom Mai 2001. Der Einsatz von SmartCards als Speichermedium für Zertifikate ist geplant, um qualifizierte Signaturen (nach der Stufe drei des Signaturgesetzes) anzubieten.

Der geplante Anschluss des LIT an die PKI-1-Verwaltung wird durch den Aufbau einer CA zur E-Mail-Zertifizierung erfolgen, die von der Wurzelzertifizierungsstelle der PKI-1-Verwaltung (PCA) beglaubigt wird. Dadurch erhalten LIT-Kunden Zugang zu der PKI-1-Verwaltung mit den dazugehörigen Verzeichnisdiensten. Sie können elektronische Geschäftsvorgänge mit Kollegen von Bund und Ländern über verschlüsselte und signierte Kommunikation bearbeiten und austauschen, ohne zuvor die unbekannte Zertifizierungsinstanz akzeptieren zu müssen.

2.6 Bereitstellung eines integrierten Antragsbearbeitungssystems

Eine Teilkomponente des Verfahrens DIWO-Online / InWo (INAS: Integriertes Antragssystem) ist als genereller Anwendungsdienst für jedweden Online-Antragsprozess, d.h. fach- und verfahrensunabhängig einsetzbar. Dieses Potenzial wurde für eine konkrete Projektentwicklung aufgegriffen. Als Projektpartner sind BA Hellersdorf-Marzahn, SenStadt, SenInn und T-Systems debis beteiligt.

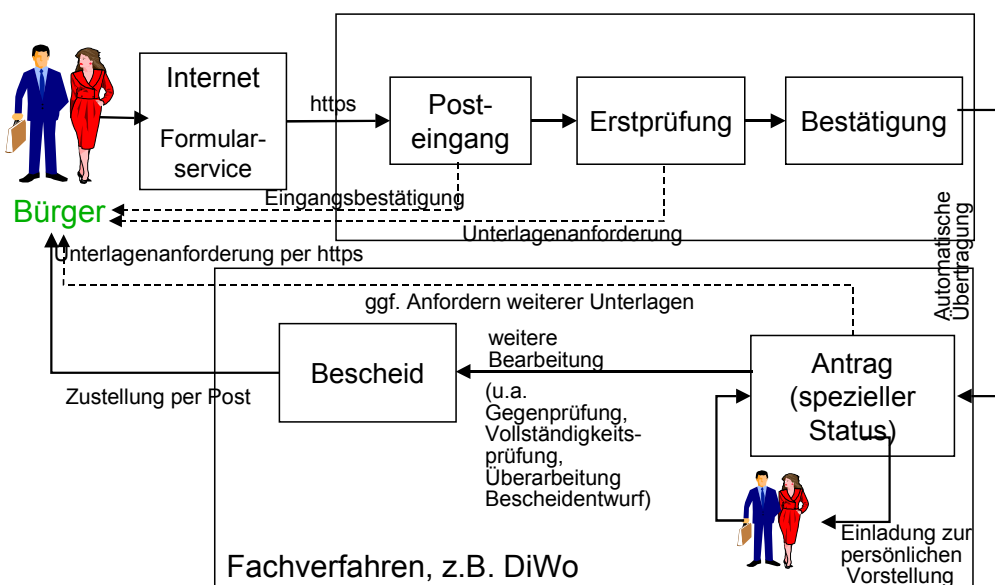


Abbildung 6: elektronische Antragsbearbeitung

2.7 Projekt „Elektronische Antragstellung“

Gemeinsam mit der Investitionsbank Berlin (IBB) wird nach der Bereitstellung der elektronischen Vordrucke nun auch die elektronische Antragstellung bearbeitet. Jährlich stehen mehrere Hundert Millionen Mark Fördermittel für Investitions- und Innovationsvorhaben, für Existenzgründer und für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung. Mittels der elektronischen Antragstellung soll die medienbruchfreie Bearbeitung der Vorgänge bis hin zu den Mittelabrufen realisiert werden. Nebenbei werden auch Berichterstattung an die Mittelgeber und die Kooperation mit den Gutachtern auf eine neue elektronische Basis gestellt. Die Europäische Kommission fordert bis Mitte 2002 ohnehin eine elektronische Berichterstattung. Bis Ende 2001 wurde eine alterna-

tive Lösung zur PKI des LIT (s. Ziff. 2.5.2) bei der IBB erprobt. Diese wird Anfang 2002 ergänzend im LIT installiert und im Vergleich gefahren. Von der IBB wird der Ausbau zur Entgegennahme elektronisch signierter Anträge bis Mitte 2002 vorgenommen. Die digitale Signatur und die Verschlüsselung in Zusammenarbeit mit dem TrustCenter berlin.de stellt einen wesentlichen Basisdienst für diese neue Stufe elektronischer Vorgangsbearbeitung dar.

Für die Installation einer gesicherten elektronischen Verbindung zwischen Antragsteller, Förderbank und zuständiger Senatsverwaltung wird jeweils ein Investitionsvolumen von ca. 8.000,- € (für Verschlüsselungsserver und Software) sowie ein Personalaufwand von ca. 1 MM für Implementierung und Sicherheitstests abgeschätzt. Die laufenden Betriebskosten betreffen (neben Energieversorgung) - wie bei jeder Sicherheitsbarriere - die ständige Wartung der Viren- und Inhaltesicherheit.

3. Querschnittsprojekte

3.1 Projekt „Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung von Bauleistungen“ (E-Vergabe BAU (VOB))

Ziel des Vorhabens ist die VOB-konforme elektronische Durchführung von Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung (AVA) von Bauleistungen.

Zielgruppe sind die Firmen der Bauwirtschaft.

Die Fa. Ventasoft, Berlin entwickelt gemeinsam mit der Berliner Verwaltung ein VOB-konformes, internet-orientiertes Verfahren zur elektronischen AVA als Demonstrator und Pilot für spätere Echtanwendungen.

Als bezirklicher Projektpartner konnte BA Spandau gewonnen werden, welches eine entsprechende Projektvereinbarung bereits unterzeichnet hat.

Derzeit läuft die Abstimmung mit SenStadt zur dortigen Projektbeteiligung sowie zur evtl. Beteiligung einer oder mehrerer weiterer Bezirksverwaltungen.

3.2 Projekt „Beschaffung Online“

Mit dem Landesverwaltungsamt und dem Bezirk Lichtenberg wird eine Pilotierung eines elektronischen Beschaffungsprojekts vorbereitet.

Die besondere Bedeutung dieses Themas liegt in den zu erwartenden hohen Prozessoptimierungen sowie in der Ausschöpfung von Preisvorteilen.

Die Abstimmung der Vorgehensweise des Projekts soll mit Bezug zum BMI-Projekt „elektronischer Eink@uf Online“ im Rahmen BundOnline 2005 gewährleistet werden.

Als Einstieg in das Thema E-Procurement ist für Anfang 2002 ein Workshop geplant, zu dem neben ausgewählten Firmen auch ein Vertreter des BMI bzw. des Bundesbeschaffungsamts eingeladen werden sollen.

In diesem Kontext wird im Landesbetrieb für Informationstechnik überlegt, über das derzeit in den Betrieb gehende Angebot der Lösung „ELBE (Elektronisches Beschaffungssystem für Hard- und Software)“ hinaus eine web-basierte generelle Plattform zur Unterstützung von Ausschreibungs- und Beschaffungsprozessen in der Berliner Verwaltung als einheitliches Verfahren aufzubauen. Um eine sachgerechte und wirtschaftliche Umsetzung eines umfas-

sendes Ansatzes gewährleisten zu können, bietet sich eine Zusammenarbeit zwischen Landesverwaltungsamt, Landespolizeiverwaltungsamt, Bezirken und LIT für eine entsprechende Vorstudie bzw. Pilotierung an.

3.3 Content Management System

Zur Unterstützung der Gestaltungsprinzipien (Style-Guide) und Einheitlichkeit der Web-Auftritte der Berliner Behörden unter berlin.de sowie zur Reduzierung von Ausbildungs- und Einarbeitungsaufwänden wurde das Content-Management-System „Imperia“ als Web-Redaktionswerkzeug bereitgestellt. Nach grundsätzlicher Zustimmung des Hauptpersonalrats zum Einsatz dieses Werkzeugs wird es derzeit in den Ressorts und Bezirken federführend durch die Landesredaktion der Senatskanzlei und Unterstützung durch den Betreiber von berlin.de eingeführt. Die Schulung von Imperia wird auch im Rahmen des Fortbildungsangebots der Verwaltungsakademie angeboten.

Das Redaktionswerkzeug (z.Z. Imperia) erlaubt es, Web-Inhalte auf einfache Weise ohne besondere Kenntnisse von Internetprogrammiersprachen dezentral auf dem Server von „berlin.de“ platzieren und pflegen zu können.

Die Bereitstellung des Redaktionswerkzeuges erfolgte durch den Betreiber von berlin.de kostenlos als einer sich aus dem Betreibervertrag ergebenden Verpflichtung.

Derzeit laufen Verhandlungen mit dem Betreiber von berlin.de mit dem Ziel, das Werkzeug auch für die Gestaltung des Intranets der Berliner Verwaltung (Berlin Web) nutzbar machen zu können. Dies ist auch deshalb sinnvoll, da Aufbau und Pflege von Internet- und Intranet-Inhalten in der Regel innerhalb der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Fachbereiche in Personalunion wahrgenommen werden.

4. Fachprojekte

4.1 Projekt „Verbund Öffentlicher Bibliotheken“ (VÖBB)

VÖBB ist ein Gemeinschaftsprojekt der Berliner Bezirke, der Zentral- und Landesbibliothek Berlin und der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Teilnehmer des Verbundes sind die Bibliotheken der Berliner Bezirke und die Zentral- und Landesbibliothek mit Ihren Standorten Amerika-Gedenkbibliothek und Berliner Stadtbibliothek.

Insgesamt werden 125 Bibliothekseinrichtungen mit 1600 PC-Arbeitsplätzen bzw. Kundenterminals miteinander über das landeseigene MAN vernetzt.

Angestrebt wird folgendes einheitliche und verbundweit umfassende Serviceangebot, auch über das Internet bis 2003:

- Nachweis aller Medienbestände (ca. 8 Mio. Medienexemplare) der Öffentlichen Bibliotheken einschl. Recherche
- gemeinsamer Ausweis für alle Bibliotheken
- Bestell- und Lieferservice – sowohl nach Hause als auch in andere Bibliotheken

Das Vorhaben ist auch wegen der zu erwartenden hohen Nutzernachfrage von besonderer Bedeutung.

Derzeit wird ein Geschäftskonzept einer Gemeinschaftsunternehmung in Form einer Public-Privat-Partnership (PPP) zwischen VÖBB und Siemens Business Service (SBS) diskutiert, wobei sich insbesondere hinsichtlich der Aspekte Online-Zugang über Stadtportal berlin.de, Konformität zur Berliner IT-Infrastruktur und Rolle des LIT Koordinierungsbedarf ergibt.

4.2 Projekt „Dialogisiertes Wohngeldverfahren Online (DiWo-Online) / Integriertes Wohnungswesen“ (InWo)

Vorhaben von SenStadt, Wohngeldberechnungen, Ausfüllen und Versand von Wohngeldanträgen über das Internet anzubieten.

Das Projekt wird in mehreren Phasen realisiert. Eine Funktion zur unverbindlichen interaktiven Proberechnung des Wohngeldanspruchs wurde bereits im Intranet und Internet bereitgestellt. In nächsten Schritten soll die Übernahme

der Daten in die vom Antragsteller ausdrückbaren Wohngeldantragsformulare automatisiert erfolgen. Danach ist ein elektronischer Versand und eine automatisierte Übernahme der Daten in das Fachverfahren DiWo vorgesehen. Als zentrale Dienste werden hierzu der Formulareservice und die elektronische Signatur benötigt.

Eine Teilkomponente des Verfahrens (INAS: Integriertes Antragssystem) ist als genereller Anwendungsdienst für jedweden Online-Antragsprozess, d.h. fach- und verfahrensunabhängig einsetzbar. Dieses Potenzial wurde für eine konkrete Projektentwicklung aufgegriffen. Als Projektpartner sind BA Hellersdorf-Marzahn, SenStadt, M-ProBüd, T-Systems debis und SenInn QC beteiligt.

4.3 Projekt „Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Internet“ (GAA Online)

GAA Online ist der Internetauftritt des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin. Neben dem Informationsangebot und dem Antragservice der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses ist ein Online-Shop realisiert, in welchem der Nutzer Grundstücksmarktinformationen wie Bodenrichtwerte (BRW Online) und aggregierte Daten aus der Kaufpreissammlung (AKS Online) abrufen kann.

Seit September 2000 ist GAA Online im Rahmen eines öffentlichen Testbetriebes im Internet bereitgestellt worden. Die Nutzer konnten während des Testbetriebes alle Online abrufbaren Produkte kostenlos herunterladen. Seit Mitte Mai 2002 erfolgt die kostenpflichtige Abgabe über die in GAA Online realisierte E-Payment-Komponente. Die Bereitstellung von GAA Online im Intranet der Berliner Verwaltung ist ebenfalls erfolgt.

Als zentrale Dienste werden die elektronische Signatur, ein Online-Zahlungsverfahren und der Formulareservice benötigt.

Besondere Bedeutung kommt der Einbindung der Lösung in das Stadtportal berlin.de zu.

4.4 FIS-Broker

FIS-Broker ist Teil des Informationssystems Stadt und Umwelt. FIS steht für „Fachübergreifendes Informationssystem“, d.h. für das Ziel, die in einzelnen Fachanwendungen von SenStadt vorliegenden Daten übergreifend nutzbar zu machen. Broker steht für einen Makler, der diese übergreifende Nutzung ermöglicht. Die Datenbestände können über ihre Beschreibung aufgefunden, selektiert, visualisiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Die Daten verbleiben im datenhaltenden System beim Diensteanbieter; der Nutzer kann über eine einheitliche Oberfläche auf die unterschiedlichen Datenbestände zugreifen, ohne dass er Kenntnis von der jeweiligen Anwendung haben muss.

Das System befindet sich in der Erprobung.

4.5 Baulückenmanagement Berlin

Das Baulückenmanagement wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeinsam mit 5 Innenstadtbezirken erarbeitet und zeigt zum jetzigen Bearbeitungsstand mehr als 800 Bauflächen mit insgesamt 220 ha Fläche.

Das Baulückenmanagement stellt umfangreiche Informationen über innerstädtisches Bauland (Baulücken und Flächenpotentiale) im Internet zur Verfügung. Auf diese Weise wird Markttransparenz über den Bodenmarkt hergestellt. Gleichzeitig dient das Verfahren dem kommunalen Bodenmanagement.

Für den Nutzer wird die Internet-/Intranetauskunft mit den Teilen Recherche und Kartenüberlagerung bereitgestellt, für die Sachbearbeitung in Bezirken und Hauptverwaltung wurden die Module GIS-Fachschale und Datenbank entwickelt.

Internet-/Intranetauskunft

Neben der Information über den Standort Berlin und seiner Bezirke wird auf der Basis des FIS-Broker eine Baulandrecherche (Raum- und/oder Sachdatenauswahl) angeboten, die auch die Eingabe von Suchkriterien ermöglicht. Das Ergebnis der Recherche kann sowohl in Form einer Liste als auch in Form einer Karte erstellt und gedruckt werden. Zu jeder Baufläche werden

Grunddaten und ein Kartenausschnitt präsentiert. Es können weitere Karten gezeigt und mit der Karte Bauflächen überlagert werden.

GIS-Fachscha

Auf der Kartengrundlage der ALK (Automatisierte Liegenschaftskarte) können die Bauflächen von der Sachbearbeitung bearbeitet werden. Überlagerungen mit anderen Karten sowie Anzeige von Nebenkarten sind möglich. Die GIS-Fachscha ist durch eine Schnittstelle mit der Datenbank verknüpft.

Datenbank

Die Daten werden in einer ACCESS-Datenbank verwaltet. Bereits vorhandene Daten anderer Verwaltungen/Stellen werden aus vorhandenen Datenbeständen (RBS, ALB usw.) übernommen. Die Pflege der Daten erfolgt bei den jeweils zuständigen Stellen.

4.6 Projekt „ Einheitliches und vernetztes DV-Verfahren an Volkshochschulen“ (VHS-IT)

Das Verfahren VHS-IT hat zum Ziel, für alle 12 Berliner Volkshochschulen und die für Weiterbildung zuständige Senatsverwaltung eine Lösung bereitzustellen, die

- allen Berlinerinnen und Berlinern die Möglichkeit eines bürgerfreundlichen Zugangs zu den Weiterbildungsangeboten der Berliner Volkshochschulen einschließlich der bezirksübergreifenden Buchungsmöglichkeit erschließt und
- in den Volkshochschulen ein einheitliches Verwaltungsprogramm zur Unterstützung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bereitstellt.

Dieses Verfahren ermöglicht die Verwaltung der Volkshochschulangebote, der Kursleiter/innen und Teilnehmer/innen in einer zentralen Datenbank über Arbeitsplatzcomputer in den Volkshochschulen und der Senatsverwaltung unter Nutzung des Berliner Verwaltungsnetzes und berücksichtigt gleichzeitig die zukünftigen Anforderungen an moderne Informationsverarbeitung wie Buchung und Bezahlung über das Internet.

Das Verfahren befindet sich seit Januar 2002 im Betrieb.

Es vernetzt ca. 250 Bildschirmarbeitsplätze innerhalb der Verwaltung.

Die Kosten der Projektentwicklung beliefen sich auf rd. 700.000 €. Die Kosten des laufenden Betriebs umfassen jährlich rd. 189.000 €. Die Finanzierung erfolgt über ein Umlageverfahren durch alle beteiligten Volkshochschulen und der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport.

Das Vorhaben ist auch wegen der zu erwartenden hohen Nutzernachfrage von besonderer Bedeutung.

Als zentrale Dienste werden eine Online-Zahlverfahren und die elektronische Signatur benötigt.

4.7 Projekt „KFZ-Wunschzeichen-Reservierung Online“ (KRONE)

Angebot des LEA, Bürger/innen die Möglichkeit zu geben, online aus einem bereitgestellten Kennzeichenbestand ein Wunschzeichen auszuwählen und zu reservieren.

Das gemeinsam mit berlin.de new media & Co KG entwickelte Verfahren soll im 2. Quartal 2002 freigeschaltet werden.

Als zentraler Dienst wird ein Online-Zahlungsverfahren benötigt.

In diesem Projekt wird beispielhaft und übertragbar für vergleichbare Anwendungen der Informationsübertragungsweg zwischen dem Betreiber des Stadtinformationssystems Berlin.de und dem LIT als zentralem Infrastrukturbetreiber erarbeitet.

4.8 Projekt „Auskunftsserver im Rahmen des Projekts EWW-neu“

Angebot des LEA zur Erteilung von Auskünften aus dem Melderegister via Internet an registrierte externe Berechtigte.

Der Einsatz ist abhängig vom Realisierungszeitpunkt des Gesamtprojekts EWW-neu.

Koordinationsschwerpunkte liegen hier zunächst in der Absicherung des Projekts EWW-neu sowie bzgl. der VeZuD-Konformität und der elektronischen Signatur.

4.9 Projekt „Gewerbedatenbank Online“

Vorhaben von SenWiArbFrau und Bezirksämtern zur Erfassung der Gewerbemeldungen über das Internet mit medienbruchfreier Datenübergabe an das Fachverfahren Gewerbedatenbank, Abwicklung der Gebührenzahlung über ePayment und Übergabe der Zahlungsdaten an die Fachanwendung Pro-Fiskal.

Der Einsatz ist ab Mitte 2002 geplant.

Als zentrale Dienste werden ein Online-Zahlungsverfahren, der Formularservice sowie die elektronische Signatur benötigt.

4.10 Projekt „Online-Mahntrag“ (AUMAV)

Das Formular für einen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids kann über das Medium Internet mit einer entsprechenden Programmunterstützung ausgefüllt werden. In einer 2. Stufe können die Antragsdaten mit elektronischer Signatur im Wege des elektronischen Rechtsverkehrs über Internet zum zuständigen Mahngericht geleitet werden.

Das Projekt ist eine länderübergreifende Gemeinschaftsentwicklung unter der Federführung von Bremen. Nach Realisierung der 1. Stufe (Online-Ausfüllen des Antrages und Ausdrucken) im 3. Quartal 2001 und Realisierung der 2. Stufe (Online-Übermittlung mit elektronischer Signatur) im 1. Quartal 2002 in Bremen wird die schnellstmögliche Übernahme in Berlin angestrebt.

Hier sind wegen der einfließenden Erfahrungen des media@komm-Gewinners Bremen adaptierbare und übertragbare Konzepte und Lösungen zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs auf Basis elektronischer Signaturen und der Integration von Formularen zu erwarten.

4.11 Projekt „elektronisches Grundbuch“ (Solumstar)

Ausbau des Elektronischen Rechtsverkehrs bei SenJust auf der Basis des neuen elektronisch geführten Grundbuches. Derzeit wird bereits ein Abrufverfahren (über ISDN-Leitungen) angeboten; es ermöglicht zugelassenen Teilnehmern, vom eigenen PC aus das Grundbuch einzusehen. Dies soll künftig via Internet möglich sein. Zugleich sollen auf dieser Basis die Ge-

schäftsbeziehungen mit den Kunden auf Basis des elektronischen Rechtsverkehrs ausgebaut werden.

Das Verfahren wird im Länderverbund unter Beteiligung von 13 Bundesländern (u.a. auch Brandenburg) und dem externen Partner Siemens Business Service (SBS) entwickelt.

Die Einführung ist für Mitte 2002 vorgesehen.

Als zentrale Dienste werden elektronische Signatur und ein Online-Zahlungsverfahren benötigt.

4.12 Projekt „Automation der Registerführung“ (AUREG)

Neuentwicklung einer Software zur elektronischen Registerführung (Handels-, Vereins-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Schiffsregister). Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekts der Länder Berlin und Brandenburg, an dem sich weitere Bundesländer beteiligen werden.

Zentrale Komponenten sind die elektronische Erstellung und Bearbeitung (Führung) der Register sowie die Ermöglichung der Online-Einsichtnahme in das Register via Internet-Technologie für Jedermann (nach vorheriger Registrierung). Das Verfahren arbeitet intern mit elektronisch signierten Dokumenten (im XML-Format), die so gegen manipulative Veränderungen geschützt werden. Der Ausbau des Verfahrens für den Einstieg in den elektronischen Rechtsverkehr (Übersendung von Gesellschafterlisten und Satzungen zur Weiterverarbeitung und Online-Auskunft) ist beabsichtigt.

Das Verfahren wird im Jahr 2002 im Berliner Registergericht (Amtsgericht Charlottenburg), das während der Entwicklungsphase als "Testgericht" fungiert, eingeführt werden. Mit dem Beginn des Online-Abfrageverfahrens ist nicht vor Frühjahr 2003 zu rechnen, da der bisher in "Papierform" vorhandene Registerbestand zuvor in die elektronische Form überführt werden muss.

Als zentrale Dienste werden ein Online-Zahlungsverfahren sowie die elektronische Signatur benötigt.

4.13 Online-Platzreservierung für Ausschuss- und Plenarsitzungen

Die bisher erfolgte Anmeldung zu Ausschuss- und Plenarsitzungen mittels Telefon wurde erweitert um die Möglichkeit einer Online-Anmeldung. Internetnutzer können sich über den Link „Kartenbestellung“ elektronisch Plätze für gewünschte Ausschuss- und Plenarsitzungen reservieren.

Das Online Platzreservierungssystem ermöglicht die Anmeldung zu Sitzungen zu jeder Tages- und Nachtzeit – unabhängig von den Dienstzeiten des Besucherdienstes. Der Besucherdienst wird durch die selbständige Anmeldung der Besucher entlastet (weniger Telefonate).

Die Online-Anmeldung in der jetzigen Form ist seit ca. 1 Jahr möglich.

4.14 Elektronische Steuererklärung (ELSTER)

Projekt der Steuerverwaltung des Bundes und der Länder zur Abgabe elektronischer Steuererklärungen. Entwickelnde Länder in dem Gemeinschaftsprojekt der Steuerverwaltungen aller Länder sind die Länder Bayern, Thüringen, NRW und Berlin.

5. Fortschreibung im Rahmen eines Projektkatasters

Neben dem generellen jeweils Koordinations- und Steuerungsbedarf in technischer, organisatorischer, finanzieller und rechtlicher Hinsicht ist insbesondere eine projektübergreifende inhaltliche Betrachtung erforderlich, um so Parallelentwicklungen zu vermeiden und den Austausch und die Wiederverwendbarkeit einzelner Lösungen bzw. Teilkomponenten untereinander zu ermöglichen.

Bezeichnung	Status ¹	Verantwortung	nutzt Portal					nutzt Dienst				
			Berlin.de	BerlinWebIntranet	InfoSystem	BLC	BLIS	VeZuDa	Formularservice	Online-Zahlung	Signatur	Antrag
Portalprojekte												
Start-Infosystem	B	SenInn	X	X				X	X	X		
Infosystem	R	SenInn	X	X				X	X	X	X	X
BLC	B	SenWi-ArbFrau	X				X	X	X	X	X	X
BLIS	E	SenStadt	X	X		X		X		X		
Querschnittsprojekte												
E-Vergabe BAU	R	SenStadt	X						X	X	X	
E-Beschaffung	P	LVwA	X						X	X	X	
E-Learning	P	SenInn		X						X		
CMS Imperia	B	SkzL	X	X								
Fachprojekte												
VÖBB	B	VÖBB	X							X	X	
DiWo-Online/InWo	B	SenStadt	X	X					X		X	X
GAA Online	B	SenStadt	X	X		X	X		X	X	X	
FIS-Broker	E	SenStadt	X	X								
Baulücken	B	SenStadt	X	X								
VHS-IT	B	SenSJS	X							X	X	
KRONE	R	LEA	X									
Auskunft EWW	R	LEA									X	
Gewerbe-Online	B	SenWiTech	X						X	X	X	
AUMAV	R	SenJust									X	
Solum-Star	R	SenJust	X							X	X	
AUREG	R	SenJust	X							X	X	
Online-Platz-Res.	B	Abg.-Haus	X									
ELSTER	R	OFD	X								X	

Abbildung 7: Beziehungsmatrix Portale, Dienste, Querschnitts- und Fachanwendungen

¹ P: in Planung; R: in Realisierung; E: in Erprobung; B: in Betrieb (auch teilweise)

Die nachfolgenden Projekte sollen im Sinne eines Projektkatasters geführt und verfolgt werden. Folgeprojekte sind laufend zu ergänzen, um so einen kontinuierlichen Überblick zu erhalten.

<i>Bezeichnung</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Zielgruppe(n)</i>	<i>Status</i>
Portalprojekte			
www.berlin.de	SKzI	universell	In Betrieb
Bürgerdienstportal	SenInn	Bürger	In Planung
Start-Infosystem	SenInn	Bürgerämter	In Betrieb
Integriertes Infosystem	SenInn	Bürger	In Realisierung
Unternehmensportal	SenWiArbFrau	Unternehmen	In Planung
Business Location Center	SenWiArbFrau	Investoren, Unternehmen	In Betrieb
BLIS	SenStadt	Investoren, Immobilienwirtschaft, Planungsbüros, Banken, Versorgungsunternehmen, Behörden	In Erprobung
Partizipationsportal	SKzI	Bürgerschaft, Vereine, Gruppen	In Planung

<i>Bezeichnung</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Zielgruppe(n)</i>	<i>Status</i>
Dienstprojekte			
VeZuDa-Plattform	SenInn		In Erprobung
Formularservice	SenInn		In Betrieb
Online-Zahlung	SenFin		In Planung
Elektronische Signatur, PKI	SenInn		In Erprobung
BVD (Telefon- E-Mail-Verzeichnis)	SenInn		In Realisierung
Elektronische Antragstellung	SenInn		In Planung
Querschnittsprojekte			
E-Vergabe BAU (VOB-Ausschreibung)	SenStadt	Bauwirtschaft	In Realisierung
Beschaffung-Online	LVwA	Wirtschaft, Lieferanten	In Planung
E-Learning (Fortbildungsplattform)	SenInn	Verwaltung	In Planung
Content-Management (Web-Redaktionswerkzeug)	SkzL	Internet- und Intranetredakteure	In Betrieb

Bezeichnung	Verantwortlich	Zielgruppe(n)	Status
Fachprojekte			
VÖBB (Berliner Bibliotheksverbund, Medienausleihe)	VÖBB	Bibliotheksnutzer, Schüler	In Betrieb
DiWo-Online/InWo (Wohngeld, Leerstandsmeldungen)	SenStadt	Bürger, Wohngeldberechtigte, Bürgerämter, Wohnungsbaugesellschaften	In Betrieb
GAA Online (Bodenrichtwert- und Kaufpreisauskunft)	SenStadt	Sachverständige, Makler, Banken, Bürger, Vermessungs- und Finanzämter	In Betrieb
FIS-Broker	SenStadt	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bürger, Unternehmen, Institutionen	In Erprobung
Baulückenmanagement	SenStadt	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Bürger, Unternehmen, Institutionen	In Betrieb
VHS-IT (VHS-Kursbuchung)	SenSJS	VHS-Nutzer	In Betrieb
KRONE (KFZ-Wunschzeichen)	LEA	KFZ-Händler, KFZ-Halter	In Realisierung
Auskunft EWW	LEA	Unternehmen, Versandhandel, Bürger	In Realisierung
Gewerbe-Online (Gewerbebean-, um- und abmeldung)	SenWi-ArbFrau	Gewerbetreibende	In Realisierung
AUMAV (Mahntrag)	SenJust	Bürger, Rechtsanwälte, Firmen, Behörden	In Realisierung
Solum-Star (Grundbuchauskunft)	SenJust	Notare, Banken, Wohnungsbaugesellschaften, Behörden	In Realisierung
AUREG (Registerauskunft)	SenJust	Gerichte, Behörden, Notare, IHK	In Realisierung
Online-Platz-Reservierung	Abgeordnetenhaus	Bürger, Unternehmen, Behörden	In Betrieb
Elster	OFD	Bürger, Unternehmen, Institutionen	In Realisierung

Das Projektkatasters bildet als Bestandteil der bestehenden Planungsübersicht die Grundlage für ein Multiprojektmanagement, Controlling und adressatengerechtes Berichtswesen.